BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH

telegraph

Ostberlin 4 DM

Notausgabe

Seitdem die Hoffnungen auf eine eigenständige Entwicklung Ostdeutschlands erloschen, stand es nie besonders gut um den „telegraph", der für die demokratisch-sozialistischen Hoffnungen jedenfalls des linken Flügels der DDR-Opposition stand und steht. Wir haben dennoch, unter steten Preiserhöhungen und mit abnehmender Mitarbeiter-, Zuarbeiter- und LeserInnenzahl den Karren weitergezogen. Wir hielten unsere Botschaft, die Gegnerschaft gegen Herrschaft, ob nun nach kapitalistischen oder stalinistischen Schema, unsere spezifischen Erfahrungen mit dem SED und die daraus resultierende Sehnsucht nach einer Gesellschaft von unten für unverzichtbar. Mut haben uns seltene positive LeserInnenäußerungen, aber auch eine ganze Anzahl ziemlich renommierter AbonnentInnen in aller Welt gegeben. Dabei war es uns klar, daß der „telegraph" nicht das war, was er hätte sein können. Statt eines schmalen und mehr oder weniger eingleisigen Heftes wäre uns eine bunte und vielfältige Sammlung von Meinungen und Themen - von der Politik über die Literatur bis zum Kochrezept, ein Lifestyle-Magazin für eine andere Art zu leben - lieber gewesen. Dafür gab es nicht die Mitarbeiter, nicht die Käufer und nicht das Geld.

Schon längst fällige Pläne um eine neue Konzeption der Zeitschrift, haben, wie das im Kapitalismus üblich ist, durch die nackten finanziellen Tatsachen einen herben Anstoß erhalten. Von 7.000 Mark Rechnungen, die wir im Dezember ausgeschickt haben, liefen bis zur Stunde nur 3.000 Mark ein. Ob das nun an unseren letzten Heften lag, eine neue Schraubenwindunden in der geistigen Entwicklung der BRD ist oder den finanziellen Neuüberlegungen der AbonnentInnen zum neuen Jahr geschuldet ist, mag der Teufel wissen. Wir müssen jedenfalls vor jeder weiteren Überlegungen 6.000 Mark Schulden bei unserer Druckerei bezahlen, der es auch nicht allzu rosig geht. Nicht zu reden von weiteren 7.000 Mark langfristigen Schulden, die wir aber auch irgendwann und irgendwie bezahlen müssen, statt mit jedem weiteren Heft ein neues Defizit einzufahren. Denn der "telegraph" kostet, insbesondere bei der derzeitig abnehmenden Abonnentenzahl und Zahlungsmoral, in Wirklichkeit nicht vier, sondern sechs Mark und verhältnismäßig reiche Leute, die uns diesen oder jenen Tausender rüberschieben könnten oder Druckereien, die gewisse immer noch sehr preiswerte Zeitschriften umsonst drucken, sind in Ostdeutschland rar gesät.

Wir fragen uns also im Ernst, für wen wir uns eigentlich abrackern und Defizite stopfen und ob es nicht besser wäre, etwas Sinnvolleres zu tun: Spazieren gehen, Nachdenken, Demonstrieren, Bücher schreiben oder einfach versuchen, die Menschen zu lieben, wie schwer das auch fällt? Ist der "telegraph" den LeserInnen wichtig und wenn ja, aus welchen Gründen? Wie könnten wir die Zeitschrift ändern, um sie akzeptabler zu machen? Auf alle diese Fragen möchten wir in einer Leserinnenumfrage eine Antwort erhalten. Wir bitten darum, daß sich alle, die interessiert sind, beteiligen (wenn nötig auch anonym), denn die Resonanz wird einer der wichtigen Anhaltspunkte für das künftige Schicksal des "telegraph" sein. Die Ergebnisse werden wir, natürlich anonymisiert, im nächsten Heft veröffentlichen, zusammen mit unseren dementsprechenden Entschlüssen.

Es wird also - sobald wir das nötige Geld zusammen haben - in jedem Fall noch ein nächstes Heft geben. Für den Fall, daß wir zu dem Entschluß kommen müssen, daß das dann das letzte Heft ist, haben wir schon Vorgespräche geführt, daß die AbonnentInnen als Ausgleich für ihre Einzahlungen eine Kompensation in Form der Lieferung einer ein wenig verwandten Zeitschrift erhalten.

LeserInnenumfrage

Seit wann lest Ihr/lesen Sie den "telegraph"? (Jahresangabe)

Lest Ihr/Lesen Sie den "telegraph" noch durch? Ja Nein

Wieviel Leute lesen Dein/Ihr Exemplar außer Dir/Ihnen (Zahlenangabe)

Aus welche Gründen habt Ihr/haben Sie Interesse am "telegraph"?
(Zutreffende Punkte ankreuzen)

Aufarbeitung der Vergangenheit
Berichterstattung über die ostdeutsche Szene
Antifa-Themen
Interesse an Bürgerbewegung
oppositionelle Haltung
Andere Gründe

Welchen Inhalt wünscht Du/Wünschen Sie für den "telegraph" (Zutreffendes ankreuzen):

gleichbleibend
Verändert

Wenn verändert, in welcher Richtung? (Zutreffendes ankreuzen):

Recherchen
Meldungen
Politik
Geschichte
Soziale Bewegungen
Antifa
Kriegsdiensverweigerung
Umweltthemen
Hausbesetzerbewegung

Andere Themen, wenn welche:

Wie sollte der "telegraph" in Zukunft erscheinen? (Zutreffendes ankreuzen):

Nicht mehr
Monatlich
Zugunsten besserer Recherchen zweimonatig

Preis pro Heft:

Mir zu hoch
gleichbleibend
kann erhöht werden (bis zu welcher Schwelle)

Welche anderen Zeitschriften liest Du/lesen Sie? (Aufzählung)

Hast Du/ haben Sie regelmäßigen Zugang zu einem PC (Ja oder Nein)

Hast Du/haben Sie Interesse an einer Diskettenausgabe bzw. Abo über Internet oder lokale Netze, bspw Infopool-Network (Ja oder nein)

Wenn ja als reiner ASCI-Text oder im Format help-Datei mit Bildern (1. oder 2.)

Meinungen, die nicht in dieser Umfrage untergebracht werden können: Was erwartest Du/was erwarten Sie vom telegraph

mpressum: V.i.S.d.P.: Wolfgang Rüddenklau, Redaktionsschluß: 18.9.95, Herausgeberin: Gemeinnütziger Verein Umwelt-Bibliothek Berlin, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin, Tel. 4455714. Fax: 4445623

Kanther leitet Disziplinarverfahren gegen Grenzschützer ein

Bundesinnenminister Kanther hat gegen drei Beamte des Bundesgrenzschutzes ein Disziplinarverfahren einleiten lassen, weil sie sich geweigert hatten, bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber mitzumachen. Die Männer hätten 14 Personen in ihre Heimat ins afrikanische Gambia begleiten sollen, weigerten sich aber unter Hinweis auf angebliche Sicherheitsmängel, das rumänische Flugzeug zu besteigen, das die Behörden für die Abschiebung gechartert hatten.

German News 28.12.1995

Platz-Besetzung beendet

Nach vierwöchigem Ausharren wurde die Besetzung des Helmholtzplatzes in Berlin/Prenzlauer Berg abgebrochen. Die Stadt hat es wieder mal geschafft, ein Problem nicht zu lösen, sondern es durch Aussitzen, Wegleugnen und Verschweigen an den Rand zu schieben, aufmüpfige Leute einfach mundtot zu machen.

Für alle nicht-Prenzlberger und die, die es nicht am Rande in den Tageszeitungen mitbekommen haben: Am 26. Dezember, 2. Weihnachtsfeiertag, brannte in der Schliemanstrasse 10 eine Wohnung aus. Zwei Menschen kamen bei dem Brand ums Leben. Ein tragisches, selbst im Dschungel der Hauptstadt nicht alltägliches Unglück.

Besonders ist auch die Tatsache, daß es sich dabei um eine Wohnung in einem besetzten Haus handelte. Die anschließenden 'Rettungsmaßnahmen' durch die Feuerwehr nahm die Polizei zum Anlaß, gleich das gesamte Haus plus den danebenliegenden Seitenflügel zu räumen. Obwohl von dem Brand lediglich eine Wohnung im zugegebenermaßen maroden Quergebäude betroffen war, wurde das gesamte Grundstück kurzerhand als einsturzgefährdet eingestuft, als Gefahr für Leib und Leben. Daß der anliegende Seitenflügel des Hauses vom Brand gar nicht betroffen, und daß sein allgemeiner Zustand vielen anderen bewohnten Häusern in seiner Umgebung nicht um vieles nachsteht, spielte bei der Beurteilung anscheinend keine große Rolle.

Schon in den letzten Wochen galt die Schliemannstrasse 10 als 'räumungsgefährdet', will heißen die Stadt hatte eine baldige Räumung des Hauses angekündigt - als Termin wurde zuletzt der 23. Dezember angegeben. Nicht weiter verwunderlich, daß da den Stadtoberen der Brand gerade zu recht kam. Wie es zu dem Brand kam liegt bisher im Dunkeln. Bekannt ist, daß die Bewohner - mit Wissen und Billigung der entsprechenden Verantwortlichen im Bezirk - seit einiger Zeit keinen Strom, kein Gas und kein Wasser geliefert bekamen. Daß die Gefahr eines Brandes erheblich steigt, wenn statt per Lichtschalter Kerzen fürs Licht, Feuer zum Kochen benutzt werden und kein Wasser da ist, um einen entstehenden Brand eventuell noch zu verhindern, entspricht zwar dem gesunden Menschenverstand, aber der spielt ja bei politischen Entscheidungen sowieso keine allzu große Rolle.

Besonders ist auch, daß die Bewohner der Häuser sich nicht mit der Tatsache abfinden wollten, jetzt wohnungslos zu sein, sich nicht in alle vier Windrichtungen zerstreuten. Sie beschlossen, ihre Situation nach außen zu tragen, und besetzten den Helmholtzplatz, einen zentral gelegenen Spielplatz und Park, zuerst als Mahnwache für Ihre gestorbenen Freunde, später als Druckmittel um die Stadtoberen auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Diese zeigten sich wenig beeindruckt, war der Wahlkampf doch gerade vorbei, und man selbst mit den Schiebereien um Posten und Pöstchen, und mit der Wahl oder Nichtwahl des neuen Bezirksbürgermeisters beschäftigt. Auch handelte es sich bei den Besetzern nicht um die Vorzeige-Hausbesetzer, an denen man im Prenzelberg so gerne demonstriert, wie bürgernah und tolerant man doch mit dem Bürger umgeht. Es waren meist jugendliche Punks, oft noch minderjährig, und einige Ausländer, die ihr Zusammenleben in der Schliemannstrasse recht und schlecht organisiert hatten. Im allgemeinen keine Klientel, die eine allzu große Lobby hat.

Nachdem der 'Runde Tisch Instandbesetzung' - ein Relikt aus Wende-Zeiten, als besetzte Häuser noch ein bedeutender politischer Faktor in der Stadt waren (es gab derer zeitweise um die 160) - wiedereinmal seine politische Un-Macht feststellen mußte, der Senat sich als nicht zuständig und der Bezirk als nicht kompetent erklärten, war schon abzusehen, wie von Seiten der Stadt weiter verfahren werden würde (über die Rolle des 'Runden Tisches' bei der 'Befriedung' der ehemals besetzten Häuser wird an anderer Stelle noch näher einzugehen sein, insbesondere über die Rolle der Damen und Herren Winkler (kath. Kirche) - Hirsch (Senatsverwaltung) - Frau del Valle, ehemals Riekehr (Wohnungsbaugesellschaft); die Thematik würde den Rahmen dieses Beitrages bei weitem sprengen. Siehe auch die Serie über besetzte Häuser in den vergangenen Ausgaben).

Derweil saßen die Helmholtzplatzbesetzer weiter auf dem Platz, trotz eisiger Kälte. Bemerkenswert ist die Unterstützung der Anwohner die sie erhielten. Der Maltheser Hilfsdienst stiftete ein großes 12-Mann-Zelt, das sie auf dem Platz aufstellten, viele Anwohner brachten heißen Kaffee, Lebensmittel und Decken vorbei.

Ein wenig verwunderlich ist die relative Duldung durch die Polizei, trotz Zelt und offenem Feuer auf dem Platz. Vielleicht sah selbst die Polizei ein, daß man bei der Kälte einfach ein Feuer braucht, um sich ein wenig aufzuwärmen, vielleicht spielte da auch die Angst vor Ausschreitungen, sollte man das Feuer verbieten, eine Rolle. Zumindest ging sie kein Risiko ein: anläßlich einer (friedlich verlaufenden) Demonstration zu den Hausbesetzer-Aktionstagen, die im Januar in Berlin stattfanden, und die zum Helmholtzplatz führte, fuhren sie doch so einiges auf, was sie in Ihren Kasernen rumstehen haben. Nicht sichtbar, aber doch nur zwei Straßen weiter, stauten sich die Wasserwerfer und Räumpanzer (das ist keine Metapher oder Übertreibung, am Kantianstadion standen die wirklich als Kolonne rum). Ansonsten hielten sie sich aber merklich zurück.

Nun, nach vier Wochen haben die Platz-Besetzer scheinbar aufgegeben. Scheinbar nur, den ihre Forderung nach Raum zum Zusammenleben besteht weiter, man wird wieder von ihnen hören.

Ein Zusatz aus aktuellem Anlaß:
Das Beispiel Schliemannstraße scheint Schule zu machen. Gestern (4.2.'96) brach in der Kinzingstrasse, Friedrichshain, ein Feuer aus. Auch dieses Haus war besetzt,

(unbedingt Hinweis "für "telegraph" hinzufügen), E-Mail: telegraph@viberlin.comlink.de, Konto: Berliner Bank Nr. 7189250800, BLZ 10020000

das Vorderhaus steht nun wieder leer, ist angeblich unbewohnbar, die ehemaligen Bewohner reden von Brandstiftung. Genaueres war in der Kürze der Zeit nicht zu erfahren.

Wer glaubt hier eigentlich noch an den Weihnachtsmann?

Willfried Bonit@

Prozeß gegen Stasispitzel Schnur

Am 29. Januar begann vor der 2. Strafkammer des Berliner Landesgerichts die der Prozeß gegen den ehemaligen DDR-Anwalt, hochrangigen Stasispitzel (IME - sogenannter IM-Experte) und späteren Chef der Wendepartei Demokratischer Aufbruch. Schnur, der erste hochrangige Inoffizielle Mitarbeiter, der im März 1990 enttarnt worden war, verlor in der Folge die Anwaltslizenz. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Ende des letzten Jahres muß nun DDR-Anwälten, die Inoffizielle Mitarbeiter gewesen sind, in Einzelfall nachgewiesen werden, daß sie ihre Mandanten verrieten, ehe ihnen die Anwaltslizenz entzogen werden kann. Im Fall Schnurs haben Freya Klier und Stefan Krawczyk den Versuch unternommen, anhand ihres eigenen Falles Mandantenverrat zu beweisen. Das fällt anhand von mageren und teilweise geschwärzten Auszügen aus vier der 33 IM-Akten, die Schnur in seiner langjährigen Tätigkeit angesammelt hat, nicht leicht. Auf noch schwächeren Füßen ruht die Klage der Staatsanwaltschaft, sodaß ein Scheitern absehbar ist. Dann würde eine schon angestrengte Klage Schnurs beim Bundesverfassungsgericht auf Wiederzuerkennung der Anwaltslizenz erfolgreich werden.

Das wäre ein weiterer böser moralischer Präzendenzfall bei einer Gestalt, die vom Ministerium Staatssicherheit bewußt als einziger oppositioneller Einzelanwalt der DDR aufgebaut wurde, um landesweit Informationen abschöpfen zu können. Schnurs denunziatorischer Ehrgeiz wird beispielsweise durch die Tatsache gekennzeichnet, daß er zu Anfang seiner IM-Tätigkeit, im April 66 eine Eingabe an den Stasichef Mielcke richtete, in der er sich beschwerte, daß er seit drei Monaten keine Treffs mehr mit dem Führungsoffizier gehabt habe und sich ausgebootet fühle.

Der erste Prozeßtag am 29. Januar diesen Jahres war durch Sicherheitsmaßnahmen gekennzeichnet, die sonst nur bei Prozessen gegen RAF-Mitglieder zu beobachten sind. Wenn schon in der ersten Kontrolle Tonaufzeichnungsgeräte hinterlegt werden mußte, wurden im zweiten, schärferen Kontrollpunkt sogar Schuhe durchsucht. Einem Prozeßbeobachter aus dem Domaschk-Archiv wurden Notizblick und Stift abgenommen: "Sie sind hier zum Zuhören da, nicht zum Mitschreiben!"

Während der Verhandlung am 6. Februar gab Schnur eine persönliche Erklärung ab, in der er persönliche Schild zugestand und zugab, im Falle Krawczyk-Klier Informationen weitergegeben zu haben. Die Situation wäre sehr schwierig gewesen, er hätte unter Ton- und Bildkontrolle gestanden, was auch kein geringerer als der Hauptabteilung der XX/4 der Stasizentrale, Joachim Wiegend bestätigte. Weiterhin wußte Schnur zu seinen Gunsten anzuführen, daß er den Kindern des Pfarrer Gauck zur Ausreise verholfen habe.

Die nächste OV-Konferenz im Berliner Havemann-Archiv Ende Februar soll unter anderem einer Materialsammlung zum Fall Schnur dienen. Wer aus seinen Stasiakten oder aus persönlichem Erleben über juristisch relevantes Material verfügt, sollte uns dies mitteilen und wird dann zur OV-Konferenz eingeladen.

(W. Rüddenklau)

Lübecker Untersuchung zweifelsfrei?

Während die sogenannten Volksparteien bis hin zur PDS ungebrochen in Rechtsstaatsphantasien schwelgen und die bundesdeutsche Messenpresse andächtig und gläubig die Polizeiberichte memoriert, ist bei kritischen Beobachtern spätestens seit der Untersuchung des Todes des in Bad Kleinen von GSG 9-Leuten erschossenen Wolfgang Grams Mißtrauen entstanden. Wie unabhängig sind die bundesdeutschen Untersuchungsbehörden wirklich und wenn nicht, welche Interessen vertreten sie?

Dieses Mißtrauen brach im Fall des Brandanschlags auf das Lübecker Asylbewerberheim wieder auf. Nachdem am ersten Tag drei Jugendliche aus Mecklenburger Ort Grevesmühlen festgenommen worden waren, die sich wahrscheinlich schon an den Rostocker Anschlägen beteiligt hatten, fiel der Verdacht plötzlich auf einen libanesischen Hausbewohner, der angeblich einem Feuerwehrmann gestanden hatte. Weitere Unklarheiten entstanden um die Haustür, die zuerst offen, dann geschlossen sein sollte, um einen angeblich aufgefundenen Benzinkanister, dessen Existenz dann wieder dementiert wurde. Aussagen von Zeugen, daß das Feuer an mehreren Stellen ausgebrochen war, wurden nicht mehr beachtet. Ermittlungsrelevante Aussagen sind nur die aus den eigenen Reihen und von Rettungsdiensten.

Nach ähnlichem Muster sind alle Untersuchungen nach Solingen im Sande verlaufen. Immer hieß es, daß von ausländerfeindlichen Motiven nicht auszugehen sei. Besonders lachhaft war die Untersuchung im Fall eines Brandanschlages im Hattingen am 6. Juni 1993, wo angeblich eine türkische Mutter den Brand gelegt hatte - bis heute ist das Ermittlungsverfahren ohne Ergebnis.

W. Rüddenklau

Siemens: Gewinnanstieg von 26 Prozent

Siemens meldet für das Geschäftsjahr 1994/95 einen Anstieg des Gewinns um 26% auf rd. zwei Milliarden DM. Der größte Anteil, 1,45 Mrd DM vor Steuern, kommt aus Überschüssen von Finanzanlagen. Gewinnsprünge gab es auch in den Bereichen Bauelemente und Halbleiter; der Computerbereich Siemens Nixdorf schloß erstmals mit Gewinn. Vorstandschef von Pierer erklärte, für das laufende. Jahr erwarte man ähnliche Zuwächse. Trotz der Gewinne sollen bis Ende 1996 erneut bis zu 7.000 Arbeitsplätze in Deutschland abgebaut werden. Dagegen werden im Ausland mehr Arbeitsplätze entstehen.

K.H.JESSEN@AMTRASH.comlink.de